

Botschaften und Forderungen zum Thema:

Initiative „Industrieland Deutschland stärken“

Die Industrie ist die Basis für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands

Die deutsche Industrie bietet 5,9 Millionen Menschen überdurchschnittlich gut bezahlte Arbeitsplätze und erbringt mehr als ein Fünftel der Wirtschaftsleistung. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland stabil geblieben, während der Anteil in den meisten anderen Industrieländern rückläufig war.

Innovationen der Industrie sind der Schlüssel für mehr Lebensqualität und eine nachhaltige Entwicklung. Diese entstehen häufig in mehrgliedrigen Wertschöpfungsketten, in denen Partner aus unterschiedlichen Branchen in einem Innovationsnetzwerk zusammenarbeiten. Daraus resultieren immer mehr Produkte, die Lösungsbeiträge zu den globalen Megatrends liefern, zum Beispiel Energieeffizienz, Klimaschutz, Mobilität oder demografischer Wandel.

Das Industrieland Deutschland muss sich im internationalen Wettbewerb behaupten

Industriegüter werden über Grenzen gehandelt, Investitionsentscheidungen werden zunehmend zwischen internationalen Standorten getroffen. Politische Entscheidungen im In- und Ausland beeinflussen daher die Attraktivität des Industrielandes Deutschland. Dies gilt auch für die Energiepolitik: So gefährdet der Schiefergas-Boom in den USA in Kombination mit den steigenden Kosten der Energiewende die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Die richtigen Rahmenbedingungen für Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen setzen

Seit 2012 ist es ausdrückliches Ziel der EU, Europa zu reindustrialisieren. Auch große Teile der deutschen Politik betonen, wie wichtig eine leistungsfähige Industrie für Deutschland ist. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wurden die Weichen für eine Stärkung des Industriestandortes aber nicht überall richtig gestellt. Auch durch das neue Energie- und Klimapakete der EU drohen zusätzliche Belastungen für die Industrie.

Verkehrsinfrastruktur erhalten und den Ausbau vorantreiben

Damit Deutschlands zentrale Lage in Europa ein wichtiger Standortvorteil bleibt, ist eine leistungsfähige und intakte Verkehrsinfrastruktur unabdingbar. Für einen Großteil unserer Straßen und Brücken besteht dringender Sanierungsbedarf. So sehen inzwischen zwei Drittel aller Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit durch Mängel im Straßennetz gefährdet. Die zusätzlichen 5 Milliarden Euro, die die Bundesregierung ins Verkehrswesen investieren will, sind ein erster Schritt. Es müssen aber weitere folgen, um den schleichenden Verfall der Infrastruktur zu stoppen.

VCI-FORDERUNGEN

1. Die Bundesregierung muss den Stabilitätsanker Industrie strategisch stärken

CDU/CSU und SPD erkennen in ihrem Koalitionsvertrag zwar die große Bedeutung einer leistungsfähigen Industrie für Deutschland an. Die im Vertrag vorgezeichnete Politik lässt aber viele Flanken offen und eine langfristige Strategie zum Erhalt einer starken Industrie vermissen.

2. Bei neuen Gesetzen die internationale Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigen

Gute Politik berücksichtigt die Auswirkungen von Gesetzen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Die EU sollte daher einen "Hüter der Wettbewerbsfähigkeit" installieren. Und in Berlin und Brüssel gilt: Da die Industrie Veränderungen der Wettbewerbssituation frühzeitig erkennt und Politikfolgen mit am besten abschätzen kann, sollte die Politik ihre Expertise bei der Ausgestaltung der Industriepolitik und anderer Politikfelder in einem Dialog hinzuziehen.

3. In die Infrastruktur investieren, auf interventionistische Eingriffe verzichten

Die Politik sollte sich darauf beschränken, eine leistungsfähige Infrastruktur bereit zu stellen, verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen und – zum Beispiel durch TTIP – offene Märkte und internationale Standards zu schaffen. Interventionen des Staates und Protektionismus mögen einzelnen Unternehmen kurzfristig helfen, langfristig schaden sie aber der Industrie und der gesamten Wirtschaft. Selektive Eingriffe darf es nur in Ausnahmefällen geben, die stichhaltig begründet werden müssen. Das gilt auch bei der Energieversorgung.